

AUSSENANSICHT

Wut bringt keine Lösung

HUBERT H. WARTNER
Pädagoge



Klar, wir freuen uns, dass „wir“ Welterbe sind, dass wir in einer bemerkenswert schönen, einzigartigen Stadt leben, die vielen Menschen Heimat ist und dass diese Stadt auch noch zu einem Staat gehört, der sich nach einer totalen Niederlage in einem der wohl furchtbarsten Kriege der Menschheitsgeschichte nicht nur wieder erholt hat, sondern wirtschaftlich und politisch zur Weltspitze zählt. Wir hätten also durchaus Grund, zufrieden und sogar ein bisschen stolz zu sein. Aber NEIN! Allenthalben breitet sich Unzufriedenheit aus, was sich nicht nur in endlosen Diskussionen und einer Flut von Demonstrationen niederschlägt. Seit Jahren macht sich die Unsitte breit, Fassaden und Gebäude zu beschmieren sowie in wahren Sticker-Attacken an allen möglichen und unmöglichen Orten die Innenstädte zu verunzieren. Dies zeugt von Überdruß, ja blinder Wut einer in Teilen orientierungslosen, frustrierten Gesellschaft. Zugegeben, politische und wirtschaftliche Lage könnten derzeit besser sein, aber wütende Protestaktionen bringen mit Sicherheit keine Lösung der äußerst diffizilen Gesamtsituation, sondern nur schlechte Stimmung.

Was aber ebenfalls nichts bringt, ist das pauschale Stigmatisieren einzelner Gruppen der Gesellschaft, z. B. die Autofahrer als Urheber allen Übels anzuschwärzen bzw. auf die SUVs mit dem Finger zu zeigen. Als wenn diese alleine an der „Verstopfung“ der Innenstädte schuld wären oder sogar die Hauptschuld an den erhöhten Schadstoffwerten verursachten; was ist z. B. mit dem Schwerlastverkehr oder den Luxuslimousinen, die auch unsere Politiker immer noch nutzen? Erfreulicherweise ist mittlerweile die „Flugscham“ ins Bewusstsein unserer Wohlfitgesellschaft gerückt. Spätestens an dieser Stelle sollte der Formel-1-Zirkus genannt werden. Traut sich denn niemand, einmal deutlich zu sagen, dass das mit Hochgeschwindigkeit im Kreis fahren – angefangen beim Kraftstoffverbrauch bis hin zum Reifenabrieb – bedeutend mehr Anlass gibt in die mit Recht geführte Umweltdiskussion einbezogen zu werden? Hier wäre eine gute Möglichkeit, durch schlichtes Abschaffen dieses fragwürdig gewordenen Zirkuses (sic!) mit einem Schlag wesentlich mehr zu erreichen, als mit bloßen Pauschalbeschuldigungen an die Adresse der nach wie vor auf das Auto angewiesenen Gesellschaft.

AUTORENINFORMATION

Der Autor ist 1. Vorsitzender des Geschichts- und Kulturvereins Regensburg-Kumpfmühl e.V. (GKVR)

Die Außenansicht gibt die subjektive Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.



Alltag am Tag nach dem Tag der Deutschen Einheit

KARIKATUR: MESTER

LEITARTIKEL

Abgasarm und visionsfrei

KONJUNKTUR In der Region häufen sich Hiobsbotschaften. Die Auftragslage in wichtigen Industriezweigen hat sich dramatisch verschlechtert. Wo bleibt die Reaktion der Politik?

CLAUDIA BOCKHOLT



Continental schließt sein Werk in Roding, Kronos baut Stellen ab, BMW kehrt zurück zu schlechter bezahlten – 35-Stunden-Woche für alle zurück und plant, frei werdende Stellen nicht mehr nachzubestellen: Die Hiobsbotschaften aus den Konzernzentralen häufen sich in den letzten Wochen. Wirklich überraschend ist das nicht. Schon seit 2018 sagten Wirtschaftsexperten eine konjunkturelle Delle voraus. Manche wagen sogar, das aus dem deutschen Wortschatz fast verschwundene Wort „Rezession“ in den Mund zu nehmen. Und zumindest für die wichtigsten Industrien in Deutschland hat sich das leider nicht als Übertreibung herausgestellt. Die Automobilindustrie und der Maschinenbau haben erheblich an Kraft verloren. Die Hersteller blicken mit Sorge in ihre ausgedünnten Auftragsbücher.

Die Beschäftigten dieser Branchen wissen schon lange, dass sich dunkle Wolken über ihnen zusammenbrauen. Man hörte es seit Monaten in Gesprächen. Die Politik hat aber offenbar wichtigere Klima-Ziele als die konjunkturelle Großwetterlage. Selbst Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sorgt sich vor allem um die CO₂-Ziele der Bundesregierung und weniger um die Beschäftigungssicherung in Deutschland. Zumindest hat er sich zu den besorgniserregenden Konjunkturdaten in den letz-

ten Wochen nicht zu Wort gemeldet. Stattdessen grübelt er über einer milliardenschweren Stiftung für den Klimaschutz.

Die Erderwärmung zu stoppen, ist selbstredend ein wichtiges Thema. Die Vereinten Nationen laborieren ja bereits seit 1995 an verbindlichen gemeinsamen Zielen. Seither gab es Resolutionen, Absichtserklärungen und enttäuschte Erwartungen. 24 Jahre sind ins Land gegangen und wenig ist geschehen. Mit Greta Thunberg hat die Debatte Drive bekommen. Die Bundesregierung will bis 2030 die Treibhausgase um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 verringern. Dafür sei allerdings ein „Wandel in unserer Lebens- und Wirtschaftsweise“ nötig, heißt es in der Präambel ihres Klimapakets. Wie der ganz konkret aussehen soll, erfahren wir nicht.

Ein paar Fragen müssen daher erlaubt sein: Wie viel Idealismus und tapferes Voranschreiten kann sich ein Land leisten, das in einem knallharten weltumspannenden Wettbewerb steht? Politiker und Ge-

werkschaften werfen den Autobauern vor, den Abschied von den Verbrennungsmotoren verschlafen zu haben, prangern Managementfehler an. Doch niemand weiß bisher mit letzter Sicherheit, mit welchen Motoren die Welt in 50 Jahren fahren wird. Und wieviel Planungshoheit bleibt CEOs, wenn Strafzölle, Handelskriege und Brexit jedes Business zum unberechenbaren Risikogeschäft machen?

Einer, der uns in dieser Hinsicht viel Ärger einbrockt, ist US-Präsident Donald Trump. In Europa herrscht Fassungslosigkeit über sein Gebaren. Doch die US-Wirtschaft brummt, in seinen Stammwählergebieten sind neue Jobs entstanden. Trump hat weiterhin überzeugte Anhänger. Und das ist es am Ende, was den Menschen am wichtigsten ist: Ein Job und genug auf dem Lohnzettel, um die Miete zu bezahlen. Auch die IG Metall sagt, dass für die Belegschaften die Beschäftigungssicherung in jedem Fall an oberster Stelle steht. Da nimmt man bei BMW vielleicht auch Abstriche an den in den fetten Jahren großzügig ausgeschütteten Boni in Kauf.

Schön, wenn ein Unternehmen sparen kann, indem es freiwillige Leistungen kürzt. Doch in vielen Fällen wird das nicht reichen. Die Produktion eines Elektroantriebs erfordert nur ein Zehntel der Menschen, die es für einen Verbrenner braucht. Visionen für das Weltklima sind eine gute Sache. Doch wir brauchen dringend auch Visionen für die Menschen, die irgendwann in einem emissionsärmeren Deutschland auf der Straße zu stehen drohen.

„Wie viel tapferes Voranschreiten kann sich ein Land leisten, das in einem knallharten Wettbewerb steht?“

» BMW KÜRZT ARBEITSZEIT UND GEHALT
Die Berichterstattung zum Leitartikel SEITE 1

PRESSESTIMMEN

DIE WELT

Die Zeitung aus Berlin schreibt zu gleichwertigen Lebensverhältnissen: „Wo Regionen abgehängt sind, muss der Staat in die Infrastruktur investieren und für bessere Zuganbindungen sorgen, für Straßen wegen der dort unverzichtbaren Autos und für eine adäquate Versorgung mit Kliniken. Jenseits dieser Problemzonen gilt: Wer aufs Land zieht, wird akzeptieren, dass er oft weniger verdient – aber meist auch niedrigere Mieten und Lebenshaltungskosten hat.“

Frankfurter Allgemeine

„Nun droht eine weitere Eskalation des Handelskonfliktes zwischen Europa und Amerika.“

DIE ZEITUNG ZU TRUMPS IMPORTZÖLLEN GEGEN EUROPA

Frankfurter Rundschau

Die Zeitung kommentiert die US-Strafzölle gegen die EU: „Doch im kommenden Jahr wird die EU Strafzölle gegen die USA erheben dürfen. Weil Washington seinen Flugzeugbauer Boeing subventioniert hat. Dann könnte ein sinnloser Handelskrieg zwischen den USA und Europa ausbrechen, über den sich nur China freuen wird. Wissenschaftler haben errechnet, dass die Amerikaner mehr Geld dabei verlieren werden.“

Neue Zürcher Zeitung

Die Zeitung schreibt zu den US-Strafzöllen: „Trump bekommt aus Genf ein weiteres Instrument, um den ‚Handelspartner‘ EU zu malträtieren. Dadurch könnte der überaus fragile Burgfriede zwischen Washington und Brüssel zusammenbrechen. (...) Besser wäre es, sich der Weisheit zu erinnern, dass Handelskriege nicht gewonnen werden können und ernsthafte Verhandlungen über den Abbau von transatlantischen Zöllen zu führen.“

la Repubblica

Die Zeitung aus Rom zu den US-Sanktionen: „Aber was haben wir eigentlich damit zu tun? Der schwere Schaden, der Italien durch die US-Zölle auf viele landwirtschaftliche Qualitätsprodukte droht, ist die Folge eines Streits im Flugzeuggeschäft, an dem wir nur marginal oder gar nicht beteiligt sind. Er steht im Zusammenhang mit einer Breitseite, die ‚America First‘ gegen Europa abfeuert, im Klima eines zweiten Kalten Krieges.“